

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

**MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT
UND ÖFFENTLICHER DIENST DER WALLONIE**

[2024/202098]

9. NOVEMBER 2023 — Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Durchführung der Lokalwahlen vom 13. Oktober 2024 auf dem deutschen Sprachgebiet

Aufgrund der Artikel 39 und 139 der Verfassung;

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 6 § 1 VIII. Nummer 4 und 92bis § 1, zuletzt abgeändert durch das Sondergesetz vom 30. Juli 2018;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 55bis, eingefügt durch das Gesetz vom 5. Mai 1993 und abgeändert durch das Gesetz vom 6. Januar 2014;

Aufgrund des Dekrets des Parlaments der Wallonischen Region vom 27. Mai 2004 über die Ausübung gewisser Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der untergeordneten Behörden durch die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 1 Absatz 1 Nummer 1/1, eingefügt durch das Dekret vom 28. April 2014;

Aufgrund des Dekrets des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 1. Juni 2004 über die Ausübung gewisser Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der untergeordneten Behörden durch die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 1 Absatz 1 Nummer 1.1, eingefügt durch das Dekret vom 5. Mai 2014;

In Erwägung der Gutachten 59.753/2/V vom 17. August 2016 und 59.365/4 vom 30. Mai 2016 des Staatsrats welche die Empfehlung aussprechen, im Rahmen gleichzeitiger Wahlen ein Zusammenarbeitsabkommen zu schließen, um die Modalitäten für die Durchführung der Provinzial- und Gemeindewahlen auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft festzulegen;

In Erwägung des am 17. März 2021 von den für die lokalen Behörden zuständigen Ministern der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft gefassten Beschlusses, ein Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Modalitäten für die Durchführung der Provinzial- und Gemeindewahlen vom 13. Oktober 2024 auf dem deutschen Sprachgebiet auszuarbeiten;

In Erwägung der Tatsache, dass die Modalitäten für die Durchführung der Provinzial- und Gemeindewahlen vom 13. Oktober 2024 auf dem deutschen Sprachgebiet einvernehmlich festzulegen sind;

Die Wallonische Region, vertreten durch die Wallonische Regierung in Person des Ministerpräsidenten und in Person des Ministers für lokale Behörden,
und

die Deutschsprachige Gemeinschaft, vertreten durch die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Person des Ministerpräsidenten, zuständig für die lokalen Behörden,
vereinbaren Folgendes:

KAPITEL I — Grundsätze

Artikel 1 - § 1 - Gegenstand des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens sind die Modalitäten für die Durchführung der gleichzeitigen Provinzial- und Gemeindewahlen, die von der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft am 13. Oktober 2024 auf dem deutschen Sprachgebiet gemeinsam abgehalten werden.

Absatz 1 ist anwendbar unbeschadet der Zuständigkeit der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft, jede für ihren Teil, für die Regelung:

1. der inhaltlichen Bestimmungen, die auf die Provinzial- und Gemeindewahlen anwendbar sind und nicht die Durchführung der gleichzeitigen Wahlen im engeren Sinne gemäß Absatz 1 betreffen,
2. der Überprüfung der Kandidaten insbesondere hinsichtlich der Kontrolle der Wahlausgaben, unbeschadet des Artikels 7,
3. der Einsprüche gegen die Provinzial- oder Gemeindewahlen.

§ 2 - Wenn sich infolge eines oder mehrerer Einsprüche gegen die Wahlen gemäß § 1 die Durchführung neuer gleichzeitiger Provinzial- und Gemeindewahlen auf dem deutschen Sprachgebiet als notwendig erweist, werden diese ebenfalls durch die Wallonische Region und die Deutschsprachige Gemeinschaft gemäß den Modalitäten dieses Zusammenarbeitsabkommens gemeinsam durchgeführt.

Art. 2 - Die gleichzeitigen Provinzial- und Gemeindewahlen auf dem deutschen Sprachgebiet gemäß Artikel 1 werden als elektronische Wahlen mit Papierbescheinigung durchgeführt.

Bei diesen Wahlen ist das Buch I des vierten Teils des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung, hiernach "Kodex" genannt, unter Berücksichtigung der in diesem Zusammenarbeitsabkommen vorgesehenen Anpassungen unbeschadet des Artikels 1 § 1 Absatz 2 anwendbar.

KAPITEL II — Allgemeine Modalitäten

Art. 3 - Die Regierungsermächtigungen gemäß den Artikeln L4112-9 Absatz 1, L4121-3 § 6 Absatz 5, L4122-7 § 2 und 3 Absatz 1, L4122-8 § 2 und 3, L4123-1 § 3, L4124-1 § 6 Absatz 1, L4125-1 § 5, L4125-5 § 7 Absatz 4, L4131-4 § 1 Absatz 5, L4132-1 § 1 Nummer 2 Absatz 3, Nummer 4 Absätze 2 und 4, § 3 Absatz 1 und § 5, L4134-1 § 8, L4135-6, L4141-1, L4141-3 Absatz 1, L4142-37 § 2, L4143-3 § 2 Absatz 1, L4143-4 § 1 Absatz 2 und L4143-20 § 2 Absatz 5 des Kodex werden in gegenseitigem Einverständnis von der Wallonischen Regierung und von der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgeführt.

Art. 4 - § 1 - Die Entscheidungen gemäß Artikel L4122-4 § 2 Absätze 1 und 2 des Kodex werden gemeinsam von der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft getroffen.

Kommt es hinsichtlich der Aufteilung der Wähler in Sektionen und der Bestimmung der Wahllokale gemäß Artikel L4123-1 § 2 des Kodex zu keiner Übereinstimmung zwischen dem Gemeindegremium und dem Provinzgouverneur oder dem von ihm bestimmten Beamten, wird die Entscheidung gemeinsam durch die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft getroffen.

Die in Artikel L4124-1 § 2 des Kodex erwähnte Veröffentlichung der Mitteilung und die in Artikel L4125-10 § 1 des Kodex erwähnte Übermittlung der Anweisungen werden gemeinsam von der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgenommen.

Die Ausstellung der Legitimationskarten an die Personen, die am Wahltag zu den Wahllokalen zugelassen werden, um einen technischen Beistand für das in Artikel 10 erwähnte elektronische Wahlsystem zu leisten, wird von der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgenommen.

§ 2 - Die Wallonische Regierung oder ihr Beauftragter und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder ihr Beauftragter melden jeweils die eventuellen Mehrfachkandidaturen gemäß Artikel L4142-17 Absatz 1 des Kodex.

Die Datenverarbeitung gemäß den Artikeln L4141-3 und L4142-17 Absatz 2 des Kodex erfolgt unter der jeweiligen Kontrolle und Verantwortung der Wallonischen Regierung oder ihres Beauftragten und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder ihres Beauftragten.

Art. 5 - § 1 - Bei der Übermittlung von Dokumenten oder Informationen an die Regierung oder an ihren Beauftragten gemäß den Artikeln L4122-4 § 1 und 2 Absätze 1 und 2 und § 3 Absatz 2, L4123-2 § 3, L4125-1 § 6, L4142-17 Absatz 1 und L4142-24 ab initio des Kodex wird gleichzeitig eine Kopie an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder an ihren Beauftragten übermittelt.

§ 2 - Die Wallonische Regierung oder ihr Beauftragter und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder ihr Beauftragter können jeweils die Übermittlung von Teilergebnissen gemäß Artikel L4112-21 § 1 des Kodex beantragen.

Art. 6 - Sofern sie die Gemeindewahlen betreffen, werden die in den Artikeln L4122-4 § 3 Absatz 1, L4123-1 § 2 Absatz 1, L4123-2 § 4 und L4143-3 § 2 Absatz 2 des Kodex erwähnten Aufgaben des Provinzgouverneurs gemäß den Anweisungen der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgeführt.

Art. 7 - § 1 - Wenn eine Person gleichzeitig für die Provinzial- und Gemeindewahlen kandidiert, erfolgt die Überprüfung dieses Kandidaten insbesondere hinsichtlich der Kontrolle der Wahlausgaben ausschließlich durch die regionale Kontrollkommission der Wallonischen Region gemäß den Modalitäten des Kodex.

§ 2 - Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft übermittelt einen Bericht über die Wahlausgaben der Gemeindewahlkandidaten an den Präsidenten des Gerichts erster Instanz in Namur, damit er diesen in seinen Bericht gemäß Artikel L4131-2 des Kodex aufnehmen kann.

Art. 8 - Alle Kosten im Zusammenhang mit der Entscheidung für das elektronische Wahlsystem mit Papierbescheinigung, welche die Kosten einer Papierwahl übersteigen, sind ausschließlich von der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu tragen, die Kosten der Validierung und eventueller Einsprüche inbegriffen.

Die Kosten einer Papierwahl entsprechen dem Betrag, den die Wallonische Region dem Dienstleister zahlt, der das Papier für die Herstellung der Stimmzettel aller Wahlkreise auf dem französischen Sprachgebiet liefert.

Spätestens am 30. Mai des Jahres nach den in Artikel 2 Absatz 1 erwähnten Wahlen überweist die Wallonische Region der Deutschsprachigen Gemeinschaft einen Betrag, welcher der Anzahl der auf dem deutschen Sprachgebiet zu den Provinzialwahlen zugelassenen Wähler multipliziert mit den Kosten einer Papierwahl pro Wähler auf dem französischen Sprachgebiet entspricht.

KAPITEL III — Modalitäten zur Nutzung der elektronischen Wahl mit Papierbescheinigung

Abschnitt 1 — Allgemeine Bestimmungen

Art. 9 - Die Wallonische Region und die Deutschsprachige Gemeinschaft beschließen durch den Abschluss des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens, dass für Wahlkreise, die Wahlkantone und Gemeinden, die sich im deutschen Sprachgebiet befinden, bei den Provinzial- und Gemeindewahlen ein elektronisches Wahlsystem mit Papierbescheinigung benutzt wird.

Art. 10 - § 1 - Ein elektronisches Wahlsystem mit Papierbescheinigung umfasst pro Wahlbüro:

1. eine elektronische Urne mit einem Scanner und einem automatischen Schließsystem am Schlitz der Urne,
2. mehrere Wahlcomputer, die jeweils mit einem Berührungsbildschirm, einem Drucker für die Stimmzettel und einem Chipkartenleser ausgestattet sind,
3. einen Computer für den Vorsitzenden mit einer Einheit zur Initialisierung der Chipkarten,
4. einen Barcodeleser für die Visualisierung des Inhalts des Barcodes durch den Wähler,
5. Chipkarten.

Jede Wahlkabine ist mit einem Wahlcomputer ausgestattet.

In jedem Wahlbüro befindet sich in mindestens einer Wahlkabine neben einem Wahlcomputer auch ein Barcodeleser für die Visualisierung des Inhalts des Barcodes durch den Wähler.

Jedes Wahlbüro verfügt über einen Wartebereich, der mindestens einen Meter von der Urne entfernt ist.

Darüber hinaus verfügt jeder Kantons- und jeder Gemeindevorstand über ein oder mehrere elektronische Systeme zur Totalisierung der Stimmen, die in den von diesem Wahlvorstand abhängenden Wahlbüros abgegeben werden.

§ 2 - Die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestimmen in gegenseitigem Einverständnis die Regeln, nach denen die Kandidaten und Listen auf den Bildschirmen der Wahlcomputer präsentiert werden.

Die elektronischen Wahlsysteme mit Papierbescheinigung, die elektronischen Systeme zur Totalisierung der Stimmen und die in den Artikeln 27 und 28 erwähnten Wahlprogramme dürfen nur benutzt werden, wenn sie den in gegenseitigem Einverständnis von der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft festgelegten allgemeinen Zulassungsbedingungen entsprechen, wobei diese Bedingungen zumindest die Zuverlässigkeit und Sicherheit des Systems und das Stimmgeheimnis gewährleisten.

Die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft stellen diese Übereinstimmung nach Stellungnahme der Prüfstelle fest, die zu diesem Zweck von ihnen zugelassen worden ist.

Die Stellungnahme der zugelassenen Prüfstelle wird veröffentlicht.

Art. 11 - § 1 - Die Modalitäten zum Ankauf sowie zum Unterhalt und zur Lagerung des in Artikel 10 § 1 erwähnten Systems werden von der Deutschsprachigen Gemeinschaft festgelegt.

Für den Ankauf, den Unterhalt und die Lagerung der elektronischen Systeme zur Totalisierung auf Ebene der Wahlkantone werden die Modalitäten durch die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, gegebenenfalls mit den betroffenen Gemeinden, in einer Bestimmung festgelegt.

§ 2 - Die Wahlprogramme, Sicherheitscodes, Chipkarten, das spezifische Wahlpapier, das für den Ausdruck der Stimmzettel notwendig ist, und die Datenträger werden von der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder von ihrem Beauftragten bereitgestellt.

Die Chipkarten, das Wahlpapier aus den Druckern oder das nicht verwendete Wahlpapier werden mit Angabe ihrer Herkunft in den Räumen der Gemeindeverwaltung aufbewahrt. Die in der Urne vorgefundenen Stimmzettel, die aufgrund von Artikel 20 § 2 zurückgenommenen Stimmzettel und die benutzten Datenträger werden mit Angabe ihrer Herkunft so lange bei der Kanzlei des Gerichts Erster Instanz aufbewahrt, bis die Wahl definitiv für gültig oder ungültig erklärt worden ist.

Art. 12 - § 1 - Die folgenden Wahlkosten werden zur Hälfte von den Gemeinden des deutschen Sprachgebiets und zur Hälfte von der Provinz Lüttich getragen:

1. Anwesenheitsgelder, auf die die Mitglieder der Wahlvorstände unter den von der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in gegenseitigem Einverständnis festgelegten Bedingungen Anspruch erheben können;

2. Entschädigungen für Fahrtkosten, auf die die Mitglieder der Wahlvorstände unter den von der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in gegenseitigem Einverständnis festgelegten Bedingungen Anspruch erheben können;

3. Fahrtkosten, die von Wählern eingereicht werden, die am Wahltag nicht mehr in der Gemeinde wohnhaft sind, in der sie als Wähler eingetragen sind, unter den von der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in gegenseitigem Einverständnis festgelegten Bedingungen;

4. Versicherungsprämien zur Deckung von körperlichen Schäden, die durch Unfälle von Mitgliedern der Wahlvorstände in der Ausübung ihres Amtes entstehen;

5. das Material für die Wahlbürovorstände.

Die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft legen die Modalitäten der Deckung der in Absatz 1 Nummer 4 erwähnten Risiken in gegenseitigem Einverständnis fest.

§ 2 - Die Trennwände und Pulte gehen zu Lasten der Gemeinden des deutschen Sprachgebiets, die sie entsprechend den von der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in gegenseitigem Einverständnis genehmigten Mustern bereitstellen.

§ 3 - Unbeschadet des Artikels 8, werden alle anderen Wahlkosten zur Hälfte von den Gemeinden des deutschen Sprachgebiets und zur Hälfte von der Provinz Lüttich getragen.

Art. 13 - Die Provinz Lüttich gewährt den Gemeinden des deutschen Sprachgebiets den Vorschuss für die in Artikel 12 § 1 Absatz 1 Nummern 2, 3 und 4 erwähnten Wahlkosten und richtet anschließend die entsprechenden Rückforderungen an jede Gemeinde.

Die Auszahlung der in Artikel 12 § 1 Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Anwesenheitsgelder an die Mitglieder der Gemeinde- und Wahlbürovorstände erfolgt in Form eines Vorschusses durch das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Dieses richtet anschließend die entsprechenden Rückforderungen an die Provinz und an jede Gemeinde.

Art. 14 - § 1 - Bei der Wahl der Mitglieder der Provinzial- und Gemeinderäte können die Parlamente der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft jeweils einen ordentlichen und einen stellvertretenden Sachverständigen bestimmen. Diese Personen bilden das Sachverständigenkollegium.

§ 2 - Bei den Wahlen kontrollieren die in § 1 erwähnten Sachverständigen die Benutzung und das reibungslose Funktionieren aller elektronischen Wahl-, Registrierungs- und Zählsysteme und die Verfahren in Bezug auf die Herstellung, Verteilung und Benutzung der Apparate, Programme und elektronischen Datenträger. Die Sachverständigen erhalten das Material sowie alle Daten, Auskünfte und Informationen, die für eine Kontrolle der elektronischen Wahl-, Registrierungs- und Zählsysteme zweckdienlich sind.

Sie können insbesondere die Zuverlässigkeit der Programme der Wahlcomputer, die genaue Übertragung der abgegebenen Stimmen durch die elektronische Urne, die Totalisierung der abgegebenen Stimmen und das optische Lesen der abgegebenen Stimmen überprüfen.

Sie führen diese Kontrolle ab dem vierzigsten Tag vor der Wahl, am Wahltag selbst und nach der Wahl bis zur Hinterlegung des in § 3 erwähnten Berichtes aus.

§ 3 - Spätestens zehn Tage nach Abschluss der Wahl und auf jeden Fall vor Gültigkeitserklärung der Wahl, übermitteln die Sachverständigen der wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie dem wallonischen Parlament und dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft einen Bericht. In ihrem Bericht können unter anderem Empfehlungen in Bezug auf Material und Programme, die benutzt wurden, enthalten sein.

§ 4 - Die Sachverständigen unterliegen der Geheimhaltungspflicht. Jede Verletzung der Geheimhaltungspflicht wird gemäß Artikel 458 des Strafgesetzbuches bestraft.

Abschnitt 2 — Elektronisches Wahlsystem mit Papierbescheinigung

Art. 15 - Jede Wahlkabine des Wahlbüros ist mit einem Wahlcomputer ausgestattet.

Art. 16 - § 1 - Bevor der Wähler sich in die Wahlkabine begibt, erhält er aus den Händen des Vorsitzenden des Wahlvorstandes oder des von diesem bestimmten Beisitzers eine Chipkarte, die zuvor vom Vorsitzenden oder Beisitzer initialisiert worden ist und mit der der Wähler pro Wahl, zu der er aufgefordert worden ist, einmal seine Stimme abgeben kann.

§ 2 - Zwecks Stimmabgabe führt der Wähler erst die Chipkarte in den dafür vorgesehenen Kartenleser des in der Wahlkabine installierten Wahlcomputers ein.

Die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft legen in gegenseitigem Einverständnis die Reihenfolge fest, in der die Stimmabgaben erfolgen müssen.

Wenn die am 18. Juli 1966 koordinierten Gesetze über den Sprachgebrauch in Verwaltungsangelegenheiten dem Wähler die Wahl der Sprache für die Wahlverrichtungen lassen, dann wird dieser zuerst aufgefordert diese Wahl zu tätigen; diese ist, nach Bestätigung, definitiv für die Gesamtheit der Wahlverrichtungen.

§ 3 - In allen Fällen erscheinen die laufende Nummer und das Listenkürzel aller Kandidatenlisten auf dem Bildschirm.

Indem er auf den Berührungsbildschirm drückt, gibt der Wähler die Liste seiner Wahl an. Indem er weiß wählt, kann er ebenfalls angeben, dass er keiner der vorgeschlagenen Listen seine Stimme geben möchte.

Nachdem der Wähler eine Liste gewählt hat, erscheinen für diese Liste die Namen und Vornamen der Kandidaten, denen eine laufende Nummer vorangestellt ist, auf dem Bildschirm.

Der Wähler gibt seine Stimme ab, indem er auf dem Berührungsbildschirm:

1. auf das Feld am Kopf der Liste drückt, wenn er mit der Vorschlagsreihenfolge der Kandidaten einverstanden ist;
2. auf die Felder neben dem Namen eines oder mehrerer Kandidaten derselben Liste drückt.

§ 4 - Nachdem der Wähler seine Stimme gemäß § 3 abgegeben hat, wird er um Bestätigung gebeten. Mit dieser Bestätigung ist die Stimmabgabe des Wählers für die betreffende Wahl abgeschlossen. Solange der Wähler seine Stimmabgabe nicht bestätigt hat, kann er diesen Wahlvorgang wiederholen.

§ 5 - Gegebenenfalls wird der Wähler danach durch eine Bildschirmanzeige aufgefordert, seine Stimme gemäß demselben Verfahren für die nächste Wahl abzugeben.

Art. 17 - § 1 - Nachdem der Wähler für alle Wahlen seine Stimme abgegeben hat, wird ein Stimmzettel ausgedruckt und dem Wähler zur Verfügung gestellt.

§ 2 - In ein und demselben Wahlkreis müssen die Abmessungen des ausgedruckten Stimmzettels ungeachtet der Stimmabgabe des Wählers vollkommen gleich sein.

Die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft legen in gegenseitigem Einverständnis diese Abmessungen für jeden Wahlkreis sowie die auf dem Stimmzettel gedruckten Angaben fest.

§ 3 - Der ausgedruckte Stimmzettel umfasst zwei Teile:

1. einen Teil, auf dem die Stimmabgabe des Wählers als zweidimensionaler Barcode vermerkt ist;
2. einen Teil, auf dem die Stimmabgabe des Wählers gegebenenfalls für jede Wahl in schriftlicher Form vermerkt ist.

Der Teil mit dem schriftlichen Vermerk des ausgedruckten Stimmzettels ist nur für Kontroll- und Auditzwecke bestimmt.

§ 4 - Dann faltet der Wähler seinen Stimmzettel gleichmäßig und sorgfältig in der Mitte mit der bedruckten Seite nach innen, um das Wahlgeheimnis zu wahren.

Der Wahlvorstand achtet auf die Wahrung des Wahlgeheimnisses.

§ 5 - Der Wähler nimmt die Chipkarte aus dem dafür vorgesehenen Kartenleser heraus. Weder auf dem Wahlcomputer noch auf der Chipkarte werden Daten in Bezug auf die Stimmabgabe bewahrt.

Art. 18 - Der Wähler hat die Möglichkeit, anhand eines spezifischen Lesegeräts, das ihm zur Verfügung steht, den in Artikel 17 § 3 Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Barcode auf einem Bildschirm zu visualisieren. Somit sieht er, ob der Inhalt dieses Barcodes der Stimmabgabe entspricht, die er für jede Wahl auf dem Bildschirm gemacht hat und die in schriftlicher Form auf dem Stimmzettel vermerkt ist.

Die Visualisierung erfolgt in der Reihenfolge, in der die Stimmen abgegeben worden sind. Bei dieser Visualisierung kann der Wähler seine Stimmabgabe nicht mehr ändern.

Art. 19 - Der Wähler, der Schwierigkeiten bei der Stimmabgabe hat, darf sich von der Person seiner Wahl gemäß den in Artikel L4133-2 des Kodex festgelegten Modalitäten begleiten lassen.

Mangels einer Entscheidung für einen Begleiter seiner Wahl darf sich der Wähler, der Schwierigkeiten bei der Stimmabgabe hat, vom Vorsitzenden oder von einem anderen von diesem bestimmten Wahlvorstandsmitglied beistehen lassen, unter Ausschluss der Zeugen oder jeder anderen Person.

Wenn der Vorsitzende oder ein anderes Wahlvorstandsmitglied das tatsächliche Vorhandensein dieser Schwierigkeiten anzweifelt, entscheidet der Vorstand, und sein mit Gründen versehener Beschluss wird im Protokoll vermerkt.

Art. 20 - § 1 - Nachdem der Wähler seine Stimme abgegeben hat, verlässt er die Wahlkabine und begibt sich mit seinem Stimmzettel, der noch immer wie in Artikel 17 § 4 Absatz 1 erwähnt in der Mitte gefaltet ist, zur Urne.

Befindet sich bereits ein anderer Wähler vor der Urne, um dort seinen Stimmzettel einzuspeichern, muss der Wähler in dem in Artikel 10 § 1 Absatz 4 erwähnten Wartebereich warten.

Anschließend händigt der Wähler dem Vorsitzenden des Wahlvorstandes oder dem von diesem bestimmten Beisitzer die Chipkarte aus, scannt den Barcode seines Stimmzettels und steckt den Stimmzettel nach Öffnung des automatischen Schließsystems in den Schlitz der Urne.

§ 2 - Der Stimmzettel wird für ungültig erklärt:

1. wenn der Wähler seinen Stimmzettel beim Verlassen der Wahlkabine so auffaltet, dass zu erkennen ist, wie er gewählt hat;
2. wenn der Wähler außen auf seinem Stimmzettel Markierungen oder Eintragungen angebracht hat;
3. wenn der Wähler infolge einer falschen Handhabung oder eines anderen ungewollten Fehlverhaltens den ihm ausgehändigten Stimmzettel beschädigt hat;
4. wenn aus irgendeinem technischen Grund das Ausdrucken des Stimmzettels sich ganz oder zum Teil als unmöglich erweist;
5. wenn der Wähler bei einer Visualisierung des Inhalts des Barcodes auf dem Bildschirm gemäß Artikel 18 feststellt, dass es einen Unterschied zwischen dieser Visualisierung auf dem Bildschirm und dem Vermerk der Stimmabgabe so wie auf dem Stimmzettel abgedruckt gibt;
6. wenn der Barcode nicht durch die elektronische Urne gelesen werden kann.

In den in Absatz 1 Nummern 1 bis 3 erwähnten Fällen kann die Ungültigkeitserklärung nach einem entsprechenden Beschluss des Wahlvorstandes ausgesprochen werden.

In den in den Absätzen 1 und 2 erwähnten Fällen wird der Wähler aufgefordert, seine Stimmabgabe anhand einer neuen Chipkarte zu wiederholen. Auch wenn ein Wähler vor seiner Stimmabgabe die ihm ausgehändigte Chipkarte versehentlich beschädigt hat, erhält er eine neue Chipkarte.

Der Vorsitzende vermerkt auf den in Ausführung von Absatz 1 zurückgenommenen gefalteten Stimmzetteln den Hinweis "Zurückgenommener Stimmzettel" und paraphiert sie.

Art. 21 - § 1 - Nach Abschluss der Wahl sorgt der Vorsitzende des Wahlbürovorstandes dafür, dass keine weiteren Stimmabgaben von der Wahlapparatur registriert werden können. Die Daten in Bezug auf die Stimmabgabe werden immer auf zwei Datenträger gespeichert.

Die Stimmzettel kommen anschließend in einen Umschlag oder einen dafür angepassten Träger, der versiegelt wird. Die Aufschrift dieses Umschlages gibt den Inhalt, das Datum der Wahl, das Wahlbüro und den Wahlkanton an. Der Umschlag wird auf der Rückseite vom Vorsitzenden, von den Vorstandsmitgliedern und von den Zeugen, sofern diese es wünschen, unterzeichnet.

Die Daten in Bezug auf die Stimmabgabe eines Wahlbüros dürfen nicht bekannt gemacht werden.

§ 2 - Zwei Datenträger werden erstellt, und zwar ein Original, das für den Kantonsvorstand bestimmt ist, und ein Original das für den Gemeindevorstand bestimmt ist.

Das für den Kantonsvorstand bestimmte Original gilt gleichzeitig als Kopie für den Gemeindevorstand und andersherum, falls das Lesen des für ihn aufgrund von Absatz 1 bestimmten Originals Schwierigkeiten bereiten sollte.

Art. 22 - Die Datenträger und der Kernzifferbericht, der die Sicherheitsangaben beinhaltet, kommen in einen Umschlag, dessen Aufschrift den Inhalt, das Datum der Wahl, das Wahlbüro und den Wahlkanton angibt. Der Umschlag wird versiegelt und auf der Rückseite vom Vorsitzenden, von den Wahlvorstandsmitgliedern und von den Zeugen, sofern diese es wünschen, unterzeichnet.

Art. 23 - Das Protokoll des Wahlbürovorstandes wird während der Sitzung aufgestellt. Pro Wahl wird die Anzahl registrierter Stimmabgaben, die Anzahl anwesender Wähler und die Anzahl Stimmzettel, die aufgrund von Artikel 20 § 2 zurückgenommen wurden, angegeben.

Weiter werden im Protokoll eventuelle Schwierigkeiten und Vorfälle während der Wahlverrichtungen vermerkt. Aufgrund von Artikel 20 § 2 zurückgenommene Stimmzettel kommen in einem versiegelten Umschlag, der dem Protokoll beigelegt wird.

Die Chipkarten und das Wahlpapier, das sich noch in den Wahldruckern befindet oder nicht verwendet wurde, werden nach Abschluss der Wahlvorgänge von einem vom Gemeindegremium der Gemeinde bestimmten Verantwortlichen eingesammelt.

Art. 24 - Das Protokoll, die beigelegten Umschläge, den Umschlag mit den in der Urne vorgefundenen Stimmzetteln und die Datenträger übergibt der Vorsitzende des Wahlbürovorstandes unverzüglich und gegen Empfangsbescheinigung dem Vorsitzenden des Kantonsvorstandes, ausgenommen den Umschlag mit dem Original des Datenträgers, das für den Vorsitzenden des Gemeindevorstandes bestimmt ist, welcher dem Vorsitzenden dieses Wahlvorstandes von dem Vorsitzenden des Wahlbürovorstandes oder einem von diesem bestimmten Beisitzer gegen Empfangsbescheinigung übergeben wird.

Abschnitt 3 — Besondere Bestimmungen für die Stimmabgabe

Art. 25 - In Wahlbüros mit elektronischem Wahlsystem mit Papierbescheinigung:

1. können in Abweichung von Artikel L4123-1 § 1 des Kodex die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in gegenseitigem Einverständnis die Anzahl Wähler pro Wahlsektion erhöhen, ohne die Grenze von 2.000 Wählern zu überschreiten;

2. können in Abweichung von Artikel L4143-3 § 1 des Kodex die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in gegenseitigem Einverständnis die Anzahl Wähler pro Wahlkabine erhöhen, ohne die Grenze von 300 Wählern zu überschreiten;

3. bestehen in Abweichung von Artikel L4125-1 § 1 des Kodex die Wahlbürovorstände neben dem Vorsitzenden und dem Sekretär, aus fünf Beisitzern und fünf Ersatzbeisitzern sowie, auf Anfrage des Vorsitzenden, aus einem beigeordneten Sekretär, der Erfahrung im Informatikbereich aufweist;

4. werden in Abweichung von Artikel L4143-20 § 1 Absätze 1 und 2 des Kodex die Öffnungszeiten der Wahlbüros bis 15 Uhr verlängert.

In dem in Absatz 1 Nummer 3 erwähnten Fall finden die Bestimmungen der Artikel L4143-6 und L4168-9 des Kodex Anwendung auf den beigeordneten Sekretär.

In dem in Absatz 1 Nummer 4 erwähnten Fall werden die Anweisungen für die Wähler in gegenseitigem Einverständnis durch die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft angepasst. Die Anwesenheitsgelder des Vorsitzenden und der anderen Mitglieder dieser Wahlvorstände werden um fünfzig Prozent erhöht.

Art. 26 - In Wahlbüros mit elektronischem Wahlsystem mit Papierbescheinigung werden vor Öffnung des Wahlbüros für die Wähler folgende Verrichtungen vorgenommen:

1. Der Vorsitzende überprüft, ob der Kasten der Urne, der für die Aufnahme der durch die Wahlcomputer ausgedruckten Stimmzettel bestimmt ist, leer ist, und er versiegelt die Urne.

2. Der Vorsitzende überprüft auf dem in Artikel 10 § 1 Absatz 1 Nummer 3 erwähnten Computer, ob der Zähler der Anzahl registrierter Stimmabgaben auf Null steht.

3. Der Vorsitzende oder die Mitglieder des Wahlbürovorstandes nehmen ihre Stimmabgabe vor, indem sie darauf achten, mindestens einmal jeden Wahlcomputer zu verwenden. Sie überprüfen anschließend den Inhalt ihres ausgedruckten Stimmzettels anhand des in Artikel 10 § 1 Absatz 1 Nummer 4 erwähnten Barcodelesers, der sich in einer der Wahlkabinen befindet. Nach erfolgreicher Überprüfung scannen sie ihren Stimmzettel gemäß Artikel 20 § 1 anhand der elektronischen Urne und stecken ihn in den Schlitz der Urne. Die Durchführung dieses Vorgangs und die Beobachtungen werden im Protokoll vermerkt.

Neben den für die betreffende Wahl vorgeschriebenen Unterlagen wird ein Exemplar des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens im Wahlbüro zur Verfügung der Wähler ausgelegt. In jedem Wahlbüro werden für jede der Wahlen alle Kandidatenlisten an einer zu diesem Zweck vorgesehenen Tafel angeschlagen. Diese Listen werden ebenfalls in jeder Wahlkabine ausgehängt.

Abschnitt 4 — Verrichtungen vor der Wahl

Art. 27 - § 1 - Die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft entwickeln in gegenseitigem Einverständnis die für die Wahlvorstände der Wahlkreise, die Wahlvorstände der Kantone und die Wahlbürovorstände bestimmten Wahlprogramme.

In der Woche nach dem Wahltag werden die Wahlprogramme auf der Internetseite der Wallonischen Regierung und auf der der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft veröffentlicht. Diese Veröffentlichung, die keine Sicherheitsangaben enthält, bleibt während sechs Monaten nach der Wahl verfügbar.

§ 2 - Die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft entwickeln in gegenseitigem Einverständnis eine Anwendung zur Durchführung der in Artikel L4141-3 des Kodex erwähnten digitalen Kodierungsvorgänge und stellen sie den Vorsitzenden der Wahlvorstände der Wahlkreise und den Vorsitzenden der Kantonsvorstände zur Verfügung.

Art. 28 - § 1 - Unmittelbar nach dem endgültigen Abschluss der Kandidatenlisten oder - bei Berufung - sobald der Vorstand den Beschluss des Appellationshofes oder des Staatsrates zur Kenntnis genommen hat, übermitteln die Vorsitzenden der Gemeindevorstände diese Listen und die diesen Listen zugeteilten Nummern der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Für die Provinzialwahl übermittelt der Vorsitzende des Distriktvorstandes diese Daten der Wallonischen Regierung.

Die in Absatz 1 erwähnten Informationen können digital übermittelt werden, gemäß den von der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft festgelegten Bedingungen.

§ 2 - Die Unterlagen mit allen laufenden Nummern und Kürzeln der vorgeschlagenen Listen und mit den Kandidatenlisten, so wie das Programm sie auf dem Bildschirm erscheinen lassen wird, werden dem Vorsitzenden des Gemeinde- oder des Distriktvorstandes, entsprechend der jeweiligen Wahl, zur Billigung vorgelegt. Dieser überprüft die Übereinstimmung dieser Unterlagen mit dem Protokoll über den endgültigen Abschluss der Kandidatenlisten. Jeder Vorsitzende bestätigt diese Unterlagen, nachdem er die eventuell erforderlichen Korrekturen hat anbringen lassen, und sendet der entsprechenden Regierung die bestätigten Unterlagen zurück.

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft lässt sowohl die Anwendungen, die für die Totalisierung der Stimmen durch die Gemeindevorstände, die Kantonsvorstände oder den Distriktvorstand, entsprechend der jeweiligen Wahl, bestimmt sind, als auch die Datenträger für die Wahlbürovorstände erstellen.

§ 3 - Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder ihr Beauftragter steckt jeden Datenträger in einen versiegelten Umschlag und händigt sie, je nach Fall, den Vorsitzenden der Gemeindevorstände, der Wahlbürovorstände, der Kantonsvorstände oder des Distriktvorstandes mindestens drei Tage vor der Wahl gegen Empfangsbescheinigung aus. Jeder Umschlag trägt als Aufschrift die Bezeichnung des betreffenden Vorstandes. Ein getrennter versiegelter Umschlag pro Vorstand, der den Vorsitzenden der Gemeindevorstände, der Kantonsvorstände oder des Distriktvorstandes gegen Empfangsbescheinigung übergeben wird, enthält die Sicherheitsangaben, die für die Benutzung der Datenträger erforderlich sind.

Der Vorsitzende des Gemeindevorstandes händigt jedem Vorsitzenden der Wahlbürovorstände seines Bereiches am Tag vor der Wahl gegen Empfangsbescheinigung die ihn betreffenden Umschläge aus.

Abschnitt 5 — Verrichtungen zur Totalisierung der Stimmen

Art. 29 - Unmittelbar nach Entgegennahme der Datenträger der Wahlbürovorstände nimmt - je nach Fall - der Vorsitzende des Gemeinde- oder des Kantonsvorstandes die Speicherung des originalen Datenträgers in der für die Totalisierung der Stimmen bestimmten Anwendung vor.

Wenn die Speicherung anhand des Datenträgers sich als unmöglich erweist, fordert der Vorsitzende des Wahlvorstandes - je nach Fall - vom betreffenden Gemeinde- oder Kantonsvorstand die Bereitstellung seines originalen Datenträgers an und wiederholt den Speichervorgang anhand dieses Datenträgers.

Wenn auch dieser Vorgang sich als unmöglich erweist, fordert der Vorsitzende des Wahlvorstandes von der betreffenden Gemeinde die Bereitstellung einer elektronischen Urne und eines für den Vorsitzenden bestimmten Computers wie in Artikel 10 erwähnt an. Er nimmt anhand des Lesegeräts der Urne eine komplette Einspeicherung der Barcodes vor, die sich auf den Stimmzetteln in dem in Artikel 21 § 1 Absatz 2 erwähnten Umschlag befinden.

Nach Beendigung der Einspeicherung des Wahlbüros steckt der Vorsitzende die Stimmzettel wieder in den in Artikel 21 § 1 Absatz 2 erwähnten Umschlag und versiegelt ihn erneut. Anschließend speichert er den so angefertigten neuen Datenträger ein.

Art. 30 - Der Vorsitzende des Gemeinde- oder des Kantonsvorstands kann die von den Listen erzielten Teilergebnisse in elektronischer Form nach Einspeicherung von mindestens zehn Wahlbüros und anschließend von jeweils zehn weiteren Wahlbüros verkünden, bis alle Wahlbüros eingespeichert worden sind.

Art. 31 - Wenn die Ergebnisse aller Wahlbüros eingespeichert und totalisiert worden sind, drucken der Vorsitzende des Kantons- und des Gemeindevorstandes das Protokoll und die Tabelle mit den Ergebnissen der Stimmenauszählung aus.

Die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft können in gegenseitigem Einverständnis entscheiden, dass der in Absatz 1 erwähnte Vorgang digital erfolgt.

Art. 32 - § 1 - Das Protokoll und die Tabelle mit den Ergebnissen der Stimmenauszählung, die vom Vorsitzenden, von den anderen Mitgliedern und von den Zeugen des Wahlvorstandes unterzeichnet werden, kommen in einen zu versiegelnden Umschlag, dessen Aufschrift den Inhalt angibt.

Dieser Umschlag und die Umschläge mit den Protokollen der Wahlbüros werden in ein zu versiegelndes Paket zusammengeschlossen, das der Vorsitzende des Wahlvorstandes binnen vierundzwanzig Stunden - je nach Fall - folgenden Personen zukommen lässt:

1. der Wallonischen Regionalverwaltung für die Wahl des Provinzialrates;
2. der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Wahl der Mitglieder des Gemeinderates.

Die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft können in gegenseitigem Einverständnis entscheiden, dass die in Absätze 1 und 2 erwähnten Vorgänge digital erfolgen.

§ 2 - Die Datenträger der Wahlbüros werden vom Distriktvorstand und vom Gemeindevorstand dem von der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft beauftragten Beamten gegen Empfangsbescheinigung übergeben, sobald die Wahl definitiv für gültig oder ungültig erklärt worden ist. Dieser Beamte löscht die Datenträger, hält schriftlich fest, dass dies geschehen ist und informiert den von der Wallonischen Regierung beauftragten Beamten darüber.

§ 3 - Sobald die Wahl definitiv für gültig oder ungültig erklärt worden ist, werden die in den Urnen vorgefundenen Stimmzettel, die bei der Kanzlei des Gerichts Erster Instanz aufbewahrt werden, vernichtet.

§ 4 - Sobald die Wahl definitiv für gültig oder ungültig erklärt worden ist, werden die zurückgenommenen Stimmzettel, die bei der Kanzlei des Gerichts Erster Instanz aufbewahrt werden, vernichtet.

Abschnitt 6 — Schlussbestimmungen

Art. 33 - Die Nachahmung von Datenträgern, Stimmzetteln und Chipkarten wird als Fälschung öffentlicher Urkunden bestraft.

Art. 34 - Der Artikel L4168-12 des Kodex findet Anwendung auf die betrügerische Änderung der Wahl- und Totalisierungssysteme und von Datenträgern, Chipkarten und Stimmzetteln.

Art. 35 - Die Artikel L4161-1 bis 4 des Kodex sind auf die in den Artikeln 33 und 34 erwähnten Verstöße anwendbar.

Art. 36 - Die Artikel L4112-8 Absätze 3 und 4, L4112-9 Absatz 2, L4112-18, L4112-19 § 1, L4125-1 § 3 Absatz 4, L4125-12 bis 15, L4142-38, L4142-39, L4142-41, L4143-1, L4143-7, L4143-12, L4143-13, L4143-21, L4143-22, L4143-24, L4143-27, L4143-28, L4144-1 bis 13, L4145-1, L4145-2, L4145-3 § 1 Absatz 1 und L4168-13 des Kodex finden auf die im vorliegenden Abkommen erwähnten Wahlkreise keine Anwendung.

Art. 37 - Die Artikel L4112-23 Nummer 4, L4125-1 § 3 Absatz 1, L4125-5 § 1, 2, 3, 5 und 7, L4126-1, L4134-1 § 3 und 4, L4143-14 und L4163-2 des Kodex finden auf die im vorliegenden Abkommen erwähnten Wahlkreise Anwendung, insofern sie die Zählbüros und die freiwilligen Beisitzer nicht betreffen.

Art. 38 - Für die Anwendung des vorliegenden Abkommens sind in den Artikeln L4112-5 Absatz 1, L4142-4 § 5 Absatz 3, L4142-26 § 1, L4142-36 § 1 Absatz 2 und L4142-37 § 1 und 3 des Kodex alle Verweise zu den Stimmzetteln als Verweise zum Bildschirm des Wahlcomputers zu verstehen.

Art. 39 - Für die Anwendung des vorliegenden Abkommens ist in Artikel L4112-9 Absatz 1 des Kodex die Wortfolge "die Urnen, die Bleistifte" durch die Wortfolge "die elektronischen Wahlsysteme mit Papierbescheinigung" zu ersetzen.

Art. 40 - Für die Anwendung des vorliegenden Abkommens ist in Artikel L4112-21 § 1 des Kodex die Wortfolge "in den Zählvorständen" durch die Wortfolge "zum Zeitpunkt der Totalisierung" zu ersetzen.

In Artikel L4112-21 § 2 des Kodex ist die Wortfolge "durch die gesamten Zählvorstände eines Wahlkreises" durch die Wortfolge "eines gesamten Wahlkreises" zu ersetzen.

Art. 41 - Für die Anwendung des vorliegenden Abkommens ist in Artikel L4112-26 Nummer 4 des Kodex das Wort "Stimmzetteln" durch das Wort "Stimmabgaben" zu ersetzen.

Art. 42 - Für die Anwendung des vorliegenden Abkommens ist in Artikel L4125-1 § 3 Absatz 2 des Kodex die Wortfolge "stellen die Stimmzettel auf und lassen diese drucken" durch die Wortfolge "legen die Darstellung der Kandidatenlisten auf den Bildschirmen der Wahlcomputer fest und lassen die Datenträger entsprechend erstellen" zu ersetzen.

Art. 43 - Für die Anwendung des vorliegenden Abkommens ist in Artikel L4143-8 § 1 Absatz 1 des Kodex die Wortfolge "für die zum Ausfüllen und Einwerfen ihres Stimmzettels erforderliche Zeit" durch die Wortfolge "die zur Stimmenabgabe erforderliche Zeit" zu ersetzen.

Art. 44 - Für die Anwendung des vorliegenden Abkommens sind in Artikel L4145-3 § 1 Absatz 2 des Kodex das Wort "Stimmzettel" durch das Wort "Stimmabgaben" und die Wortfolge "Artikel L4144-8 § 2" durch die Wortfolge "Artikel 32 des Zusammenarbeitsabkommens zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Durchführung der Lokalwahlen vom 13. Oktober 2024 auf dem deutschen Sprachgebiet" zu ersetzen.

Art. 45 - In gegenseitigem Einverständnis passen die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Wahlen auf der Ebene der Wahlkantone und der Wahlkollegien der Gemeinden die Anweisungen für den Wähler an.

KAPITEL IV — Weiterverfolgung und Bewertung

Art. 46 - Die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft richten einen Begleitausschuss und Knowhow-Austauschdienste zur Unterstützung der ordnungsgemäßen Verwaltung dieser gleichzeitigen Wahlen im Interesse aller an diesen Prozessen Beteiligten, wie Wähler, Gemeinden und Wahlbüros, ein.

Dieser Begleitausschuss wird ebenfalls mit der Ausarbeitung der Durchführungsmaßnahmen, deren Inhalt die Regierungen präzisieren, beauftragt.

Art. 47 - Die Ausführung dieses Zusammenarbeitsabkommens wird Gegenstand einer gemeinsamen Evaluierung durch die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, welche Bestandteil des Berichts gemäß Artikel L4146-24 des Kodex ist.

Ausgefertigt in Namur, am 9. November 2023, in sechs Originalexemplaren in Französisch und Deutsch.

Für die Wallonische Regierung:

Der Ministerpräsident
E. DI RUPO

Der Minister für Wohnungswesen, lokale Behörden und Städte
Ch. COLLIGNON

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für Lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE
ET SERVICE PUBLIC DE WALLONIE

[2024/202098]

9 NOVEMBRE 2023. — Accord de coopération entre la Région wallonne et la Communauté germanophone concernant l'organisation des élections locales du 13 octobre 2024 sur le territoire de la région de langue allemande

Vu la Constitution, les articles 39 et 139;

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, les articles 6, § 1^{er}, VIII, 4^o, et 92bis, § 1^{er}, modifiés en dernier lieu par la loi spéciale du 30 juillet 2018;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 55bis, inséré par la loi du 5 mai 1993 et modifié par la loi du 6 janvier 2014;

Vu le décret du Parlement de la Région wallonne du 27 mai 2004 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, de certaines compétences de la Région wallonne en matière de pouvoirs subordonnés, l'article 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1^o/1, inséré par le décret du 28 avril 2014;

Vu le décret du Parlement de la Communauté germanophone du 1^{er} juin 2004 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, de certaines compétences de la Région wallonne en matière de pouvoirs subordonnés, l'article 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1.1, inséré par le décret du 5 mai 2014;

Considérant les avis du Conseil d'État 59.753/2/V du 17 août 2016 et 59.365/4 du 30 mai 2016 qui recommandent, dans le cadre d'élections simultanées, la conclusion d'un accord de coopération pour définir les modalités d'organisation des élections provinciales et communales sur le territoire de la Communauté germanophone;

Considérant la décision prise le 17 mars 2021 par les ministres compétents en matière de pouvoirs locaux en Région wallonne et en Communauté germanophone, d'élaborer un accord de coopération entre la Région wallonne et la Communauté germanophone relatif aux modalités d'organisation des élections provinciales et communales du 13 octobre 2024 sur le territoire de la région de langue allemande;

Considérant qu'il y a lieu de définir de commun accord les modalités d'organisation des élections provinciales et communales du 13 octobre 2024 sur le territoire de la région de langue allemande;

La Région wallonne, représentée par le Gouvernement wallon en la personne du Ministre-Président et en la personne du Ministre des Pouvoirs locaux,

et

la Communauté germanophone, représentée par le Gouvernement de la Communauté germanophone en la personne du Ministre-Président, compétent en matière de pouvoirs locaux,

ont convenu ce qui suit :

CHAPITRE I^{er}. — *Principes*

Article 1^{er}. § 1^{er}. Le présent accord de coopération porte sur les modalités d'organisation des élections simultanées provinciales et communales organisées conjointement par la Région wallonne et la Communauté germanophone le 13 octobre 2024 sur le territoire de la région de langue allemande.

L'alinéa 1^{er} est applicable sans préjudice de la compétence de la Région wallonne et de la Communauté germanophone de régler, chacune pour ce qui la concerne :

1^o les dispositions de fond applicables respectivement aux élections provinciales et communales et qui ne portent pas sur l'organisation au sens strict des élections simultanées visées à l'alinéa 1^{er};

2^o le contrôle des candidats, notamment en vue du contrôle des dépenses électorales, sans préjudice de l'article 7;

3^o les recours dirigés contre les élections provinciales ou communales.

§ 2. Si, à la suite d'un ou de plusieurs recours dirigés contre les élections visées au paragraphe 1^{er}, l'organisation de nouvelles élections simultanées provinciales et communales s'avère nécessaire sur le territoire de la région de langue allemande, celles-ci sont également organisées conjointement par la Région wallonne et la Communauté germanophone selon les modalités prévues par le présent accord de coopération.

Art. 2. Les élections simultanées provinciales et communales sur le territoire de la région de langue allemande visées à l'article 1^{er} ont lieu selon le mode de scrutin électronique avec preuve papier.

Pour ces élections, le livre Ier de la quatrième partie du Code de la Démocratie locale et de la décentralisation, ci-après dénommé "le Code", est applicable moyennant les adaptations prévues dans le présent accord de coopération, sans préjudice de l'article 1^{er}, § 1^{er}, alinéa 2.

CHAPITRE II. — *Modalités générales*

Art. 3. Les habilitations gouvernementales visées aux articles L4112-9, alinéa 1^{er}, L4121-3, § 6, alinéa 5, L4122-7, § 2 et 3, alinéa 1^{er}, L4122-8, § 2 et 3, L4123-1, § 3, L4124-1, § 6, alinéa 1^{er}, L4125-1, § 5, L4125-5, § 7, alinéa 4, L4131-4, § 1^{er}, alinéa 5, L4132-1, § 1^{er}, 2^o, alinéa 3, 4^o, alinéas 2 et 4, § 3, alinéa 1^{er}, et § 5, L4134-1, § 8, L4135-6, L4141-1, L4141-3, alinéa 1^{er}, L4142-37, § 2, L4143-3, § 2, alinéa 1^{er}, L4143-4, § 1^{er}, alinéa 2, et L4143-20, § 2, alinéa 5, du Code sont exécutées de commun accord par le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone.

Art. 4. § 1^{er}. La décision visée à l'article L4122-4, § 2, alinéas 1^{er} et 2, du Code est prise conjointement par le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone.

En cas de désaccord entre le collège communal et le gouverneur de province ou le fonctionnaire que celui-ci désigne sur la répartition des électeurs en sections et sur le choix des locaux conformément à l'article L4123-1, § 2, du Code, la décision est prise conjointement par le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone.

La publication du communiqué visée à l'article L4124-1, § 2, du Code et la mise à disposition des instructions visée à l'article L4125-10, § 1^{er}, du Code sont effectuées conjointement par le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone.

La délivrance de cartes de légitimation aux personnes admises dans les locaux de vote le jour du scrutin pour fournir une assistance technique au système de vote visé à l'article 10 est effectuée par le Gouvernement de la Communauté germanophone.

§ 2. Le Gouvernement wallon ou son délégué et le Gouvernement de la Communauté germanophone ou son délégué signalent, chacun pour leur part, les éventuelles candidatures multiples conformément à l'article L4142-17, alinéa 1^{er}, du Code.

Le traitement de données visé aux articles L4141-3 et L4142-17, alinéa 2, du Code est effectué sous le contrôle et la responsabilité du Gouvernement wallon ou de son délégué et du Gouvernement de la Communauté germanophone ou de son délégué, chacun pour ce qui les concerne.

Art. 5. § 1^{er}. Lors de la transmission de documents ou d'informations au Gouvernement ou à son délégué visés aux articles L4122-4, § 1^{er} et 2, alinéas 1^{er} et 2, et § 3, alinéa 2, L4123-2, § 3, L4125-1, § 6, L4142-17, alinéa 1^{er}, et L4142-24, ab initio, du Code, une copie est simultanément transmise au Gouvernement de la Communauté germanophone ou à son délégué.

§ 2. Le Gouvernement wallon ou son délégué et le Gouvernement de la Communauté germanophone ou son délégué peuvent, chacun pour ce qui les concerne, requérir la transmission de résultats partiels visée à l'article L4112-21, § 1^{er}, du Code.

Art. 6. Dans la mesure où elles concernent les élections communales, les tâches dévolues au gouverneur de province visées aux articles L4122-4, § 3, alinéa 1^{er}, L4123-1, § 2, alinéa 1^{er}, L4123-2, § 4, et L4143-3, § 2, alinéa 2, du Code sont exercées conformément aux instructions déterminées par le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone.

Art. 7. § 1^{er}. Dans les cas où une personne est simultanément candidate aux élections provinciales et communales, le contrôle de ce candidat, notamment en vue du contrôle des dépenses électorales, est effectué exclusivement par la Commission régionale de contrôle de la Région wallonne selon les modalités fixées dans le Code.

§ 2. Le Gouvernement de la Communauté germanophone transmet un rapport sur les dépenses électorales des candidats aux élections communales au Président du tribunal de première instance de Namur, afin que celui-ci puisse l'intégrer dans son rapport dont question à l'article L4131-2 du Code.

Art. 8. Tous les frais découlant du choix du système électronique avec preuve papier et excédant le coût du vote papier sont à la charge exclusive de la Communauté germanophone, en ce compris les frais inhérents à la validation et aux recours éventuels.

Le coût du vote papier correspond au montant que paye la Région wallonne au prestataire qui fournit le papier destiné à la fabrication des bulletins de vote de toutes les circonscriptions électorales situées sur le territoire de la région de langue française.

Au plus tard le 30 mai de l'année qui suit les élections visées à l'article 2, alinéa 1^{er}, la Région wallonne verse à la Communauté germanophone un montant correspondant au nombre d'électeurs admis aux élections provinciales sur le territoire de la région de langue allemande multiplié par le coût du vote papier par électeur sur le territoire de la région de langue française.

CHAPITRE III. — *Modalités liées à l'utilisation du vote électronique avec preuve papier*Section 1^{re}. — *Dispositions générales*

Art. 9. La Région wallonne et la Communauté germanophone, par la conclusion du présent accord de coopération, décident que, pour les circonscriptions électorales, les cantons électoraux et les communes situées sur le territoire de la région de langue allemande, il est fait usage du système de vote électronique avec preuve papier pour les élections provinciales et communales.

Art. 10. § 1^{er}. Un système de vote électronique avec preuve papier comprend, par bureau de vote :

- 1^o une urne électronique avec un scanner et un système d'obturation automatique de la fente de l'urne;
- 2^o plusieurs ordinateurs de vote équipés chacun d'un écran de visualisation tactile, d'une imprimante de bulletins de vote et d'un lecteur de cartes à puces;
- 3^o un ordinateur pour le président avec une unité pour initialiser les cartes à puces;
- 4^o un lecteur de code-barres pour la visualisation du contenu du code-barres par l'électeur;
- 5^o des cartes à puces.

Chaque isolement du bureau de vote est équipé d'un ordinateur de vote.

Dans chaque bureau de vote, au moins un des isolations équipé d'un ordinateur de vote dispose également d'un lecteur de code-barres pour la visualisation du contenu du code-barres par l'électeur.

Chaque bureau de vote comporte une zone d'attente située à au moins un mètre de l'urne.

En outre, chaque bureau de canton et chaque bureau communal disposent d'un ou de plusieurs systèmes électroniques de totalisation des votes émis dans les bureaux de vote qui relèvent de leur ressort.

§ 2. Le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone déterminent de commun accord les règles de présentation des listes et des candidats sur les écrans des ordinateurs de vote.

Les systèmes de vote électronique avec preuve papier, les systèmes électroniques de totalisation des votes et les logiciels électoraux visés aux articles 27 et 28 peuvent être utilisés uniquement s'ils sont conformes aux conditions générales d'agrément déterminées de commun accord par le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone, qui garantissent en tout cas la fiabilité et la sécurité des systèmes, ainsi que le secret du vote.

Le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone, sur l'avis de l'organisme agréé à cette fin par eux, constatent cette conformité.

L'avis de l'organisme agréé est rendu public.

Art. 11. § 1^{er}. Les modalités d'achat du système visé à l'article 10, § 1^{er}, ainsi que de son entretien et de sa conservation sont fixées par la Communauté germanophone.

Pour l'achat, l'entretien et la conservation des systèmes électroniques de totalisation au niveau des cantons électoraux, le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone concluent, le cas échéant avec les communes concernées, une convention fixant ces modalités.

§ 2. Les logiciels électoraux, les codes de sécurité, les cartes à puces, le papier électoral spécifique nécessaire à l'impression des bulletins de vote et les supports de mémoire sont fournis par le Gouvernement de la Communauté germanophone ou son délégué.

Les cartes à puces ainsi que le papier électoral récupéré dans les imprimantes ou non utilisé sont conservés dans les locaux de l'administration communale avec indication de leur origine. Les bulletins de vote trouvés dans l'urne, les bulletins de vote repris en vertu de l'article 20, § 2, et les supports de mémoire utilisés sont conservés au greffe du tribunal de première instance, avec indication de leur origine, aussi longtemps que l'élection n'est pas définitivement validée ou annulée.

Art. 12. § 1^{er}. Sont pour moitié à charge des communes du territoire de la région de langue allemande et pour moitié à charge de la Province de Liège, les frais électoraux suivants :

1^o les jetons de présence auxquels peuvent prétendre les membres des bureaux électoraux, dans les conditions déterminées de commun accord par le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone;

2^o les indemnités de déplacement auxquelles peuvent prétendre les membres des bureaux électoraux, dans les conditions déterminées de commun accord par le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone;

3^o les frais de déplacement exposés par les électeurs ne résidant plus au jour de l'élection dans la commune où ils sont inscrits comme électeur, aux conditions déterminées de commun accord par le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone;

4^o les primes d'assurance destinées à couvrir les dommages corporels résultant d'accidents survenus aux membres des bureaux électoraux dans l'exercice de leurs fonctions;

5^o le matériel destiné aux bureaux de vote.

Le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone déterminent de commun accord les modalités selon lesquelles les risques visés à l'alinéa 1^{er}, 4^o, sont couverts.

§ 2. Les cloisons et les pupitres sont à charge des communes du territoire de la région de langue allemande, d'après les modèles approuvés de commun accord par le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone.

§ 3. Sans préjudice de l'article 8, tous les autres frais électoraux sont pour moitié à charge des communes du territoire de la région de langue allemande et pour moitié à charge de la Province de Liège.

Art. 13. La Province de Liège fait l'avance aux communes du territoire de la région de langue allemande des frais électoraux visés à l'article 12, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2^o, 3^o et 4^o, puis procède auprès d'elles aux récupérations appropriées.

Le versement des jetons de présence visés à l'article 12, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1^o, aux membres des bureaux communaux et des bureaux de vote est réalisé sous forme d'une avance par le Ministère de la Communauté germanophone. Celui-ci procède ensuite aux récupérations appropriées auprès de la Province et de chaque commune.

Art. 14. § 1^{er}. Lors de l'élection des membres des conseils provinciaux et communaux, le Parlement wallon et le Parlement de la Communauté germanophone peuvent désigner chacun un expert effectif et un expert suppléant. Ces personnes forment le collège d'experts.

§ 2. Les experts visés au paragraphe 1^{er} contrôlent lors des élections l'utilisation et le bon fonctionnement de l'ensemble des systèmes de vote, d'enregistrement et de totalisation électroniques ainsi que les procédures concernant la confection, la distribution et l'utilisation des appareils, des logiciels et des supports d'information électroniques. Les experts reçoivent le matériel ainsi que l'ensemble des données, renseignements et informations utiles pour exercer un contrôle sur les systèmes de vote, d'enregistrement et de totalisation électroniques.

Ils peuvent notamment vérifier la fiabilité des logiciels des ordinateurs de vote, la transcription exacte par l'urne électronique des suffrages exprimés ainsi que leur totalisation et la lecture optique des votes exprimés.

Ils effectuent ce contrôle à partir du quarantième jour précédant l'élection, le jour de l'élection et après celle-ci, jusqu'au dépôt du rapport visé au paragraphe 3.

§ 3. Au plus tard dix jours après la clôture des scrutins et en tout état de cause avant la validation des élections, les experts remettent un rapport au Gouvernement wallon et au Gouvernement de la Communauté germanophone ainsi qu'au Parlement wallon et au Parlement de la Communauté germanophone. Leur rapport peut notamment comprendre les recommandations relatives au matériel et aux logiciels utilisés.

§ 4. Les experts sont tenus au secret. Toute violation de ce secret est sanctionnée, conformément à l'article 458 du Code pénal.

Section 2. — Du système de vote électronique avec preuve papier

Art. 15. Chaque compartiment-isoloir du bureau de vote est équipé d'un ordinateur de vote.

Art. 16. § 1^{er}. Avant de se rendre au compartiment-isoloir, l'électeur reçoit du président du bureau ou de l'assesseur que ce dernier désigne, une carte à puce que le président ou l'assesseur a préalablement initialisée et qui permet de voter une seule fois par élection pour laquelle l'électeur est convoqué.

§ 2. Pour exprimer son vote, l'électeur introduit d'abord la carte à puce dans le lecteur prévu à cet effet, présent dans l'ordinateur de vote installé dans le compartiment-isoloir.

Le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone fixent de commun accord l'ordre dans lequel les votes sont exprimés.

Lorsque les lois sur l'emploi des langues en matière administrative, coordonnées le 18 juillet 1966, laissent à l'électeur le choix de la langue pour les opérations électorales, il est d'abord invité à accomplir ce choix; celui-ci est, après confirmation, définitif pour l'ensemble des opérations de vote.

§ 3. Dans tous les cas, l'écran de visualisation tactile affiche le numéro d'ordre et le sigle de toutes les listes de candidats.

L'électeur indique la liste de son choix par effleurement sur l'écran de visualisation tactile. Il peut également indiquer par un vote blanc qu'il ne désire apporter son vote à aucune des listes présentées.

Après que l'électeur a choisi une liste, l'écran de visualisation affiche, pour cette liste, les nom et prénom des candidats, précédés d'un numéro d'ordre.

L'électeur exprime son vote par effleurement sur l'écran de visualisation tactile :

1° dans la case placée en tête de liste, s'il adhère à l'ordre de présentation des candidats;

2° dans les cases placées en regard d'un ou de plusieurs candidats de la même liste.

§ 4. Après que l'électeur a exprimé son vote conformément au paragraphe 3, il est invité à le confirmer. Cette confirmation clôt le vote de l'électeur pour l'élection considérée. Tant que le vote n'est pas confirmé, l'électeur peut recommencer l'opération de vote.

§ 5. Le cas échéant, l'électeur est invité ensuite, par une information apparaissant sur l'écran de visualisation, à voter selon la même procédure pour l'élection suivante.

Art. 17. § 1^{er}. Lorsque l'électeur a voté pour l'ensemble des élections, un bulletin de vote est imprimé et mis à la disposition de celui-ci.

§ 2. Au sein d'une même circonscription électorale, quel que soit le vote de l'électeur, les dimensions du bulletin de vote imprimé sont identiques.

Le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone déterminent de commun accord ces dimensions pour chaque circonscription électorale ainsi que les mentions imprimées sur le bulletin de vote.

§ 3. Le bulletin de vote imprimé comporte deux parties :

1° une partie indiquant, sous forme d'un code-barres bidimensionnel, le vote émis par l'électeur;

2° une partie indiquant, sous forme dactylographiée, pour chaque type d'élection si tel est le cas, le vote émis par l'électeur.

La partie dactylographiée du bulletin de vote imprimé sert uniquement à des fins de contrôle et d'audit.

§ 4. L'électeur plie ensuite régulièrement et durablement son bulletin de vote en deux parties, face imprimée vers l'intérieur, afin de préserver le secret du vote.

Le bureau veille à ce que le secret du vote soit respecté.

§ 5. L'électeur retire la carte à puce du lecteur prévu à cet effet. Ni l'ordinateur de vote ni la carte à puce ne conservent des données concernant le vote émis.

Art. 18. Au moyen d'un lecteur spécifique mis à sa disposition, l'électeur peut visualiser sur un écran que le contenu du code-barres visé à l'article 17, § 3, alinéa 1^{er}, 1°, correspond au vote qu'il a émis sur l'écran pour chaque élection et qui est repris sous forme dactylographiée sur le bulletin de vote.

La visualisation se fait dans l'ordre selon lequel les votes ont été émis. Lors de cette visualisation, l'électeur ne peut pas modifier son vote.

Art. 19. L'électeur qui éprouve des difficultés à exprimer son vote peut se faire accompagner de la personne de son choix, selon les modalités fixées à l'article L4133-2 du Code.

À défaut d'avoir opté pour un accompagnant de son choix, l'électeur qui éprouve des difficultés à exprimer son vote peut se faire assister par le président ou par un autre membre du bureau désigné par lui, à l'exclusion de témoins ou de toute autre personne.

Si le président ou un autre membre du bureau conteste la réalité de ces difficultés, le bureau statue et sa décision motivée est inscrite au procès-verbal.

Art. 20. § 1^{er}. Après qu'il a exprimé son vote, l'électeur sort de l'isoloir et se dirige vers l'urne avec son bulletin de vote toujours plié en deux ainsi que mentionné à l'article 17, § 4, alinéa 1^{er}.

Si un autre électeur est déjà présent devant l'urne afin d'y enregistrer son bulletin de vote, l'électeur patiente dans la zone d'attente visée à l'article 10, § 1^{er}, alinéa 4.

L'électeur remet ensuite la carte à puce au président du bureau ou à l'assesseur désigné par celui-ci, scanne le code-barres de son bulletin et insère enfin celui-ci dans la fente de l'urne après ouverture du système d'obturation automatique de celle-ci.

§ 2. Le bulletin de vote est annulé :

1° si l'électeur déplie son bulletin de vote en sortant du compartiment-isoloir, de manière à faire connaître le vote qu'il a émis;

2° si l'électeur a apporté extérieurement des marques ou des inscriptions sur son bulletin de vote;

3° si, à la suite d'une mauvaise manipulation ou de toute autre manœuvre involontaire, l'électeur a détérioré le bulletin de vote qui lui a été remis;

4° si, pour une raison technique quelconque, l'impression du bulletin de vote s'est révélée impossible totalement ou en partie;

5° si, lors d'une visualisation par l'électeur à l'écran du contenu du code-barres conformément à l'article 18, celui-ci constate une différence entre cette visualisation apparaissant à l'écran et la mention du vote émis telle qu'imprimée sur le bulletin de vote;

6° si la lecture du code-barres par l'urne électronique n'est pas possible.

Dans les cas visés à l'alinéa 1^{er}, 1° à 3°, l'annulation peut être prononcée après une décision du bureau en ce sens.

Dans les cas visés aux alinéas 1^{er} et 2, l'électeur est invité à recommencer son vote au moyen d'une nouvelle carte à puce. De même, si un électeur a détérioré par inadvertance, avant son vote, la carte à puce qui lui a été remise, il lui est fourni une nouvelle carte à puce.

Le président inscrit sur les bulletins pliés repris en exécution de l'alinéa 1^{er}, la mention : "Bulletin repris" et y ajoute son paraphe.

Art. 21. § 1^{er}. À l'issue du scrutin, le président du bureau de vote rend l'appareil de vote inopérant pour des votes ultérieurs. Les données relatives au vote sont toujours enregistrées sur deux supports de mémoire.

Les bulletins de vote sont ensuite placés dans une enveloppe ou dans un format correspondant adapté qui est scellée. Cette enveloppe porte en suscription la mention du contenu, la date de l'élection, l'identification du bureau de vote et du canton électoral. Elle porte au verso la signature du président, des membres du bureau et, s'ils en formulent le souhait, des témoins.

Les données relatives au vote d'un bureau de vote donné ne peuvent pas être divulguées.

§ 2. Deux supports de mémoire sont établis, un original destiné au bureau de canton et un original destiné au bureau communal.

L'original destiné au bureau de canton constitue également copie pour le bureau communal au cas où la lecture de l'original lui destiné en vertu de l'alinéa 1^{er} suscite des difficultés et vice versa.

Art. 22. Les supports de mémoire et le rapport des chiffres-clé contenant les éléments de sécurité sont placés dans une enveloppe portant en suscription la mention du contenu, la date de l'élection, l'identification du bureau de vote et du canton électoral. L'enveloppe est scellée et porte au verso la signature du président, des membres du bureau et, s'ils en formulent le souhait, des témoins.

Art. 23. Le procès-verbal du bureau de vote est rédigé séance tenante. Il mentionne par élection le nombre de votes enregistrés, le nombre d'électeurs présents et le nombre de bulletins de vote repris en vertu de l'article 20, § 2.

Sont également mentionnés au procès-verbal, le cas échéant, les difficultés et incidents survenus au cours des opérations de vote. Les bulletins de vote repris en vertu de l'article 20, § 2, sont placés dans une enveloppe scellée qui est jointe au procès-verbal.

Les cartes à puces ainsi que le papier électoral encore présent dans les imprimantes de vote ou non utilisé sont récupérés après la clôture des opérations de vote par un responsable désigné par le collège communal de la commune.

Art. 24. Le procès-verbal et les enveloppes annexées, l'enveloppe contenant les bulletins de vote trouvés dans l'urne ainsi que les supports de mémoire sont remis sans délai par le président du bureau de vote, contre récépissé, au président du bureau de canton, sauf l'enveloppe contenant l'original du support de mémoire destiné au président du bureau communal, lequel est remis, contre récépissé, au président de ce bureau par le président du bureau de vote ou par un assesseur désigné par lui.

Section 3. — Dispositions particulières pour le vote

Art. 25. Dans les bureaux de vote où il est fait usage d'un système de vote électronique avec preuve papier :

1° par dérogation à l'article L4123-1, § 1^{er}, du Code, le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone peuvent, de commun accord, augmenter le nombre d'électeurs par section de vote sans dépasser la limite de 2.000 électeurs;

2° par dérogation à l'article L4143-3, § 1^{er}, du Code, le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone peuvent, de commun accord, augmenter le nombre d'électeurs par compartiment-isoloir sans dépasser la limite de 300 électeurs;

3° par dérogation à l'article L4125-1, § 1^{er}, du Code, les bureaux de vote comprennent, outre le président et le secrétaire, cinq assesseurs et cinq assesseurs suppléants ainsi que, si le président en fait la demande, un secrétaire-adjoint justifiant d'une expérience en informatique;

4° par dérogation à l'article L4143-20, § 1^{er}, alinéas 1^{er} et 2, du Code, les heures d'ouverture des bureaux de vote sont prolongées jusqu'à 15 heures.

Dans le cas visé à l'alinéa 1^{er}, 3°, les dispositions des articles L4143-6 et L4168-9 du Code s'appliquent au secrétaire-adjoint.

Dans le cas visé à l'alinéa 1^{er}, 4°, les instructions aux électeurs sont adaptées de commun accord par le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone. Les jetons de présence du président et des autres membres de ces bureaux électoraux sont majorés de cinquante pour cent.

Art. 26. Dans les bureaux de vote où il est fait usage d'un système de vote électronique avec preuve papier, préalablement à l'ouverture du bureau aux électeurs :

1° le président vérifie que le bac de l'urne destiné à contenir les bulletins de vote émis par les ordinateurs de vote est vide et scelle l'urne;

2° le président vérifie sur l'ordinateur visé à l'article 10, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 3°, que le compteur de nombre des votes enregistrés se trouve à zéro;

3° le président et les membres du bureau de vote émettent leur vote en veillant à utiliser au moins une fois tous les ordinateurs de vote. Ils vérifient ensuite le contenu de leur bulletin de vote imprimé avec le lecteur de code-barres, visé à l'article 10, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 4°, qui est présent dans un des isolements. Après vérification positive, ils scannent leur bulletin de vote conformément à l'article 20, § 1^{er}, au moyen de l'urne électronique et l'insèrent dans la fente de l'urne. Il est fait mention au procès-verbal de la réalisation de cette opération et des observations effectuées.

Outre les documents prescrits pour l'élection concernée, un exemplaire du présent accord de coopération est déposé dans le bureau de vote. L'ensemble des listes de candidats présentés pour chacune des élections sont affichées dans chaque bureau de vote sur un panneau destiné à cet effet. Ces listes sont également apposées dans chaque isoiloir.

Section 4. — Des opérations préalables à l'élection

Art. 27. § 1^{er}. Le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone élaborent de commun accord les logiciels électoraux destinés aux bureaux de circonscription, aux bureaux de canton et aux bureaux de vote.

Dans la semaine qui suit le jour des élections, le logiciel de vote est publié sur le site internet du Gouvernement wallon et sur celui du Gouvernement de la Communauté germanophone. Cette publication ne comprenant pas les éléments de sécurité reste disponible durant les six mois faisant suite à l'élection.

§ 2. Le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone élaborent de commun accord et fournissent aux présidents des bureaux de circonscription et aux présidents des bureaux de canton un logiciel pour exécuter les opérations d'encodage numérique visées par l'article L4141-3 du Code.

Art. 28. § 1^{er}. Dès l'arrêt définitif des listes de candidats ou, en cas d'appel, dès que le bureau a pris connaissance de la décision de la Cour d'appel ou du Conseil d'État, les présidents des bureaux communaux transmettent ces listes et le numéro qui leur a été attribué au Gouvernement de la Communauté germanophone. Pour l'élection provinciale, le président du bureau du district transmet ces données au Gouvernement wallon.

Les informations visées à l'alinéa 1^{er} peuvent être transmises par voie numérique selon les conditions fixées par le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone.

§ 2. Les documents reproduisant l'ensemble des numéros d'ordre et sigles des listes présentées et les listes de candidats, tels que le logiciel les fera apparaître à l'écran de visualisation, sont soumis à l'approbation du président du bureau communal ou de district, selon l'élection concernée. Celui-ci vérifie la concordance de ces documents avec le procès-verbal d'arrêt définitif des listes de candidats. Chaque président valide les documents après avoir fait procéder, le cas échéant, aux corrections nécessaires et retourne les documents validés au Gouvernement concerné.

Le Gouvernement de la Communauté germanophone fait établir les logiciels destinés à la totalisation des votes par les bureaux communaux, de canton et de district, selon l'élection concernée, ainsi que les supports de mémoire destinés aux bureaux de vote.

§ 3. Le Gouvernement de la Communauté germanophone ou son délégué place chaque support de mémoire sous enveloppe scellée et les remet, selon le cas, aux présidents des bureaux communaux, aux présidents des bureaux de vote, aux présidents des bureaux de canton ou au président du bureau de district, contre récépissé, au moins trois jours avant l'élection. Chaque enveloppe porte en suscription l'identification du bureau correspondant. Une enveloppe scellée distincte par bureau et remise également contre récépissé aux présidents des bureaux communaux, aux présidents des bureaux de canton ou de district contient les éléments de sécurité nécessaires pour l'utilisation des supports de mémoire.

La veille de l'élection, le président du bureau communal remet à chaque président de bureau de vote de son ressort, contre récépissé, les enveloppes qui le concernent.

Section 5. — Des opérations de totalisation des votes

Art. 29. Le président du bureau communal ou le président du bureau de canton, selon le cas, procède, dès réception des supports de mémoire provenant du bureau de vote, à l'enregistrement du support original sur le logiciel destiné à la totalisation des votes.

Si l'enregistrement au moyen du support de mémoire original se révèle impossible, le président du bureau requiert, selon le cas, du bureau communal ou de canton concerné, la fourniture de son support de mémoire original et recommence l'opération d'enregistrement au moyen de ce support.

Si cette opération se révèle également impossible, le président requiert de la commune concernée la fourniture d'une urne électronique et d'un ordinateur de président, visés à l'article 10. Il procède à un enregistrement complet, au moyen du lecteur de l'urne, du code-barres présent sur chaque bulletin de vote placé dans l'enveloppe visée à l'article 21, § 1^{er}, alinéa 2.

L'enregistrement du bureau de vote terminé, le président replace les bulletins dans l'enveloppe visée à l'article 21, § 1^{er}, alinéa 2, et scelle à nouveau celle-ci. Il procède ensuite à l'enregistrement du nouveau support de mémoire ainsi constitué.

Art. 30. La proclamation par le président du bureau communal ou par le président du bureau de canton de résultats partiels obtenus par les listes peut intervenir de manière électronique après l'enregistrement d'au moins dix bureaux et par la suite de dix bureaux de vote supplémentaires et ainsi de suite jusqu'à enregistrement de tous les bureaux de vote.

Art. 31. Lorsque les résultats de tous les bureaux de vote ont été enregistrés et totalisés, le président du bureau de canton et le président du bureau communal procèdent à l'impression du procès-verbal et du tableau de recensement des votes.

Le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone peuvent décider de commun accord que l'opération visée à l'alinéa 1^{er} se fait de manière numérique.

Art. 32. § 1^{er}. Le procès-verbal et le tableau de recensement, signés par le président, les autres membres et les témoins du bureau, sont placés sous enveloppe scellée dont la suscription indique le contenu.

Cette enveloppe ainsi que celles contenant les procès-verbaux des bureaux de vote sont réunies en un paquet scellé que le président du bureau fait parvenir, dans les vingt-quatre heures, selon le cas :

- 1° à l'administration régionale wallonne pour l'élection du conseil provincial;
- 2° au Gouvernement de la Communauté germanophone pour l'élection des membres du conseil communal.

Le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone peuvent décider de commun accord que les opérations visées aux alinéas 1^{er} et 2 se font de manière numérique.

§ 2. Les supports de mémoire provenant des bureaux de vote sont transmis par le bureau de district et le bureau communal, contre accusé de réception, au fonctionnaire délégué du Gouvernement de la Communauté germanophone dès que l'élection est définitivement validée ou annulée. Ce fonctionnaire procède à l'effacement des supports de mémoire, constate par écrit que cet effacement a été effectué et en informe le fonctionnaire délégué du Gouvernement wallon.

§ 3. Dès que l'élection a été définitivement validée ou annulée, les bulletins de vote trouvés dans les urnes conservées au greffe du tribunal de première instance sont détruits.

§ 4. Dès que l'élection a été définitivement validée ou annulée, les bulletins de vote repris et conservés au greffe du tribunal de première instance sont détruits.

Section 6. — Dispositions finales

Art. 33. La contrefaçon des supports de mémoire, des bulletins de vote et des cartes à puces est punie comme faux en écritures publiques.

Art. 34. L'article L4168-12 du Code s'applique à l'altération frauduleuse des systèmes de vote et de totalisation ainsi que des supports de mémoire, des cartes à puces et des bulletins de vote.

Art. 35. Les articles L4161-1 à 4 du Code sont applicables aux infractions visées aux articles 33 et 34.

Art. 36. Ne sont pas applicables aux circonscriptions électorales visées par le présent accord les articles L4112-8, alinéas 3 et 4, L4112-9, alinéa 2, L4112-18, L4112-19, § 1^{er}, L4125-1, § 3, alinéa 4, L4125-12 à 15, L4142-38, L4142-39, L4142-41, L4143-1, L4143-7, L4143-12, L4143-13, L4143-21, L4143-22, L4143-24, L4143-27, L4143-28, L4144-1 à 13, L4145-1, L4145-2, L4145-3, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et L4168-13 du Code.

Art. 37. Sont applicables aux circonscriptions électorales visées par le présent accord les articles L4112-23, 4^o, L4125-1, § 3, alinéa 1^{er}, L4125-5, § 1, 2, 3, 5 et 7, L4126-1, L4134-1, § 3 et 4, L4143-14 et L4163-2 du Code, pour autant qu'ils ne visent pas les bureaux de dépouillement ni le volontariat des assesseurs.

Art. 38. Pour l'application du présent accord, dans les articles L4112-5, alinéa 1^{er}, L4142-4, § 5, alinéa 3, L4142-26, § 1^{er}, L4142-36, § 1^{er}, alinéa 2, et L4142-37, § 1^{er} et 3, du Code, tout renvoi vers les bulletins de vote doit être compris comme renvoi vers l'écran de visualisation de l'ordinateur de vote.

Art. 39. Pour l'application du présent accord, dans l'article L4112-9, alinéa 1^{er}, du Code, il y a lieu de remplacer les mots " les urnes, les crayons " par les mots " les systèmes de vote électronique avec preuve papier ".

Art. 40. Pour l'application du présent accord, dans l'article L4112-21, § 1^{er}, du Code, il y a lieu de remplacer les mots " dans les bureaux de dépouillement " par les mots " lors de la totalisation ".

Dans l'article L4112-21, § 2, du Code, il y a lieu de remplacer les mots " par tous les bureaux de dépouillement d'une circonscription " par les mots " dans l'ensemble d'une circonscription ".

Art. 41. Pour l'application du présent accord, dans l'article L4112-26, 4^o, du Code, il y a lieu de remplacer les mots " bulletins de vote " par le mot " suffrages ".

Art. 42. Pour l'application du présent accord, dans l'article L4125-1, § 3, alinéa 2, du Code, il y a lieu de remplacer les mots " établissent les bulletins de vote et les font imprimer " par les mots " déterminent la présentation des listes de candidats sur les écrans des ordinateurs de vote et font établir les supports de mémoire en conséquence ".

Art. 43. Pour l'application du présent accord, dans l'article L4143-8, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du Code, il y a lieu de remplacer les mots " le temps nécessaire pour formuler le vote et déposer les bulletins " par les mots " le temps nécessaire pour exprimer leur vote ".

Art. 44. Pour l'application du présent accord, dans l'article L4145-3, § 1^{er}, alinéa 2, du Code, il y a lieu de remplacer le mot " bulletins " par le mot " suffrages " et les mots " l'article L4144-8, § 2 " par les mots " l'article 32 de l'accord de coopération entre la Région wallonne et la Communauté germanophone concernant l'organisation des élections locales du 13 octobre 2024 sur le territoire de la région de langue allemande ".

Art. 45. Le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone adaptent de commun accord les instructions pour l'électeur concernant les élections au niveau des cantons électoraux et des collèges électoraux communaux.

CHAPITRE IV. — Suivi et évaluation

Art. 46. Le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone mettent en place un comité de suivi et des services d'échanges de savoir-faire en vue de favoriser la bonne gestion de ces élections simultanées au profit de tous les acteurs de ces processus tels que les électeurs, les communes et les bureaux électoraux.

Ce comité de suivi est également en charge de la conception des mesures d'exécution dont les gouvernements auront précisé le contenu.

Art. 47. L'exécution du présent accord de coopération fait l'objet d'une évaluation conjointe par le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone, incluse dans le rapport prévu à l'article L4146-24 du Code.

Fait à Namur, le 9 octobre 2023, en six exemplaires originaux en français et en allemand.

Pour le Gouvernement wallon :

Le Ministre-Président,
E. DI RUPO

Le Ministre du Logement, des Pouvoirs locaux et de la Ville,
Ch. COLLIGNON

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,
O. PAASCH